

Hier hat es künftig Platz für drei Generationen

SEFTIGEN • Für ältere Menschen und Familien mit Kindern soll in der Gemeinde neuer Wohnraum geschaffen werden. Die Solviva AG plant im «Zentrum Chappelle» eine Überbauung, in der alles vereint ist. Der Gemeinderat ist bereit, dazu Hand zu bieten.

«Der Gemeinderat hat bereits in seinen Legislaturzielen 2009 – 2012 festgelegt, dass die Gemeinde alternative Wohnmodelle im Alter fördern will», sagt Gemeindepräsident Leandro Manazza. «Im Dorf gibt es nebst den zwei privat geführten Pflegeheimen keine Wohnungen, die für ältere Menschen geeignet sind. Junge Familien finden ebenfalls kaum preisgünstige Wohnungen.» Er macht darauf aufmerksam, dass dieses Problem schon vor fünf Jahren erkannt worden ist. Für die Entwicklung der Gemeinde sei es wichtig, dass für alle Altersgruppen geeigneter Wohnraum zur Verfügung stehe. «Im Vordergrund steht für den Gemeinderat, dass in der Gemeinde altersgerechte und hindernisfreie Wohnungen angeboten werden. Den älteren Einwohnerinnen und Einwohnern soll damit ermöglicht werden, den fortgeschrittenen Lebensabschnitt im Ort zu verbringen.» Leider hätten sich die Bemühungen der Behörden immer wieder zerschlagen – bis letztes Jahr. «Mit der Solviva AG haben wir eine Partnerin gefunden, mit der sich ein Projekt realisieren lässt, das unseren Vorstellungen entspricht», sagt Manazza.

Kein Bedarf für öffentliche Nutzung

Jetzt werden Nägel mit Köpfen gemacht. Erst wurde von der Behörde geprüft, wo sich ein Zentrum für das Wohnen im Alter am besten realisieren lässt. Gefunden wurde schliesslich eine Parzelle im Gebiet Chappelle. Sie ist nach gültigem Zonenplan der Zone für öffentliche Nutzung zugeordnet. Für den Gemeindepräsidenten überhaupt kein Problem: «Wir stellen fest, dass die Schülerzahlen stagnieren und in den nächsten Jahren kaum zunehmen werden. Ganz im Gegensatz zu den Seniorinnen und Senioren in unserer Gemeinde. Bei ihnen ist ein frappanter Anstieg auszumachen. Sollte trotzdem zusätzlicher Schulraum benötigt werden, könnten bestehende Schulbauten problemlos um- und ausgebaut werden.» Weiter würden die günstige Lage zum Dorfkern, die Topografie des Geländes und die bereits vollzogene Erschliessung für dieses rund 7000 m² grosse Landstück sprechen. «Mit der Solviva AG haben wir zu Beginn des Jahres eine Vereinbarung abschliessen können, um ein gemeinsames Projekt weiterzuentwickeln», so Manazza. Die Ge-



Auf dieser gemeindeeigenen Parzelle soll die Überbauung Chappelle mit altersgerechten und familienfreundlichen Wohnungen entstehen.

beim Landverkauf wie beim Erlass der Überbauungsordnung mitbestimmen können», sagt der Gemeindepräsident. Urnenabstimmung und Gemeindeversammlung dazu sind im März 2015 vorgesehen.

Keine Luxusresidenz

Auf der Parzelle in der Nähe der Schulanlage plant die Solviva AG, Gebäude für drei Bereiche zu erstellen. «Zum einen werden es Generationenhäuser mit 30 Wohnungen sein», sagt Willi Gyger, Verwaltungsratspräsident der Solviva AG: «Die meisten werden hindernisfreie Zweieinhalb- oder Dreieinhalbzimmer-Wohnungen sein. Wer dort einzieht, kann, muss aber nicht, unsere Dienstleistungen wie zum Beispiel Putzen, Waschen oder Gesundheitsdienstleistungen beanspruchen.» Es werde zudem einige grössere Viereinhalb- oder Fünfeinhalbzimmer-Wohnungen geben. «Diese sind in erster Linie für Familien mit Kindern gedacht. Somit erhält die Überbauung eine gute Durchmischung der Altersstrukturen und droht nicht zum Altersghetto zu verkommen», sagt Gyger. In der Pflege werden in Ein- und Zweieinhalbzimmer-Wohnungen insgesamt 45 Pflegeplätze angeboten. «Vorgesehen ist, eine kleine Demenzabteilung zu integrieren», nennt der Vertreter der Bauherrschaft das Bauvorhaben für den zweiten Bereich. «Dazwischen soll das Herz des Zentrums mit einem öffentlichen Restaurant, Gesundheitsdienstleistungen und Therapieräumen entstehen – möglich wären auch Arztpraxen. Später soll sogar eine Kindertagesstätte integriert werden, um so das Alter mit der Jugend zusammenzuführen.» Willi Gyger betont, dass in den neuen Bauten die Preise für Pflege und Betreuung im Rahmen der kantonalen Tarifgestaltung liegen würden: «Wir wollen keine Luxusresidenz.»

Nach der Eröffnung des Alterszentrums Chappelle – voraussichtlich im Frühjahr 2017 – werden die beiden bestehenden Pflegeheime Sunneguet und Schärme mit ihren rund 30 Pflegebetten schliessen. «Selbstverständlich wird allen Bewohnerinnen und Bewohnern ein attraktives Zimmer und allen Mitarbeitenden ein Arbeitsplatz im neuen Zentrum angeboten. «Durch die Vergrösserung des Angebotes können wir sogar noch zusätzliche neue Stellen schaffen», versichert Willi Gyger. **Jürg Amsler**

Durch und durch ein Branchenkenner

Die Solviva AG hat eine über 18-jährige Erfahrung im Betrieb von Alters- und Pflegezentren. Sie ist eine der wenigen unabhängigen, sich nicht im Besitz von Finanzinvestoren oder ausländischen Konzernen befindende, privat geführte Schweizer Familienunternehmung der Pflegeheimbranche. Das Unternehmen und bestehende Management konzentriert sich dabei vorwiegend auf die Pflege, Betreuung und das Servicewohnen im einfachen, mittleren Preissegment. Der Name Solviva ist in der Region Thun nicht unbekannt. Bereits heute werden durch

sie die beiden Alters- und Pflegeheime Sunneguet (22 Plätze) und Schärme (8) in Seftigen, das Pflegeheim Berntor (40) in Thun, das Alters- und Pflegeheim Eibisch (13) in Amsoldingen, das Alters- und Pflegeheim Rialto AG (55-58) in Leissigen sowie das Wohn-, Pflege-, Gesundheits- und Bildungszentrum Sunneguet in Grenchen (SO) mit 73 Betten und 100 hindernisfreien Wohnungen geführt. Die Wohn- und Pflegezentren sind von den Krankenkassen anerkannt und Bestandteil der kantonalen Heimplanungen. Die Leistungsansätze richten sich nach den üblichen,

kantonalen Tarifen. Alle Pflegezentren werden nach einheitlichen Qualitäts- und Umweltvorgaben geleitet. Mit der Tochtergesellschaft Acura AG, Basel, gegründet 1995, hat die Solviva AG ein führendes privates Spitex-Unternehmen im Grossraum Basel und Nordwestschweiz aufgebaut. Die Solviva erbringt auf der Grundlage von eigenen Erfahrungen umfassende Leistungen aus einer Hand für private Heimbetreiber oder öffentlich-rechtliche Trägerschaften. **pd/si**

www.solviva.ch

meinde beabsichtige, dem bauwilligen Unternehmen rund 6500 m² Bauland zu verkaufen. «Wir haben uns auf einen Quadratmeterpreis von 280 Fran-

ken geeinigt», sagt der Gemeindepräsident. Für ihn ein moderater und für beide Seiten akzeptabler Preis. Um das Projekt verwirklichen zu können,

müsse die Zone mit Überbauungsvorschriften entsprechend der künftigen Nutzung ausgeschieden werden. «Die Stimmberechtigten werden sowohl

Die SVP fordert Abkehr von Sozialhilfevereinbarungen

THUN • Die SVP provoziert morgen Donnerstag im Stadtrat eine Sozialhilfedebatte: Sie fordert den Austritt aus der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos). Diese sei nämlich eine Kostentreiberin, so die SVP.

Sozialhilfe ist und bleibt ein hochsensibles Thema, aufgeheizt durch Medienberichte über renitente oder betrügerische Sozialhilfeempfänger – oftmals nur vermeintlich betrügerische. Die Skos, deren Richtlinien für die Gemeinden als Massstab der Unterstützung dient, geriet in der Folge selber unter Beschuss. Rorschach entschied sich als erste Gemeinde für den Austritt. Andere folgten. Jetzt springt auch die SVP Thun auf den fahrenden Zug auf: Lukas Lanzrein und Carlo Schlatter – beide sind Kandidaten für den Grossen Rat – und weitere Stadtratsmitglieder fordern per Postulat den Austritt. Der Vorstoss steht morgen Donnerstag auf der Traktandenliste.

Keine «blinde Anwendung»

«Keineswegs» wollten sie die Sozialhilfe als staatliche Unterstützung für Bedürftige infrage stellen, versichern die Postulanten. Vielmehr gehe es ihnen darum, die «blinde Anwendung» von «demokratisch ungenügend legitimierten Richt-

linien zu hinterfragen und eine politische Diskussion über die Konsequenzen dieser blinden Anwendung zu ermöglichen. Als verschärfend erachten sie die schwindende politische Hohheit der Gemeinden über ihre Finanzen aufgrund des innerkantonalen Lastenausgleichs. Die SVP kommt zum Schluss: «Aufgrund steigender Sozialhilfebeiträge und der damit einhergehenden Belastung der öffentlichen Finanzen ist eine politische Debatte angezeigt. Die Skos-Richtlinien tragen massgeblich zu diesen steigenden Kosten bei.»

Austritt kontraproduktiv

Der Gemeinderat nimmt ausführlich Stellung und erachtet das Postulat somit bereits als erfüllt. Den Austritt aus der Skos lehnt er ab, denn ein solcher wäre kontraproduktiv: Die Stadt Thun stünde isoliert da und hätte keinen Zugriff mehr auf die für die Umsetzung der Sozialhilfe wichtigen Instrumente wie die Richtlinien und das Handbuch.

Zudem würde Thun aus den Arbeitsgruppen ausgeschlossen und könnte nicht mehr am Informations- und Erfahrungsaustausch teilnehmen. «Dies würde einen erheblichen Mehraufwand zur Folge haben, da die Stadt Thun viele Vorlagen, Instrumente und Richtlinien selber erarbeiten müsste.» Zudem hätte der Austritt keine Einsparungen zur Folge, da die Finanzierung der Sozialhilfe direkt durch den Kanton über den Lastenausgleich erfolgt. Der Kanton sei bemüht, die einheitliche und transparente Regelung für alle Berner Gemeinden zu optimieren.

Schon heute stehe es den Gemeinden frei, in begründeten Einzelfällen von den Richtlinien des Handbuchs abzuweichen. Die Entscheidungskompetenz liege bei den Sozialdiensten. «Davon macht die Stadt Thun schon heute Gebrauch, indem bei einzelnen Stichworten des Handbuchs in einem kommunalen Teil gewisse Einschränkungen vorgenommen werden», schreibt der

Gemeinderat. Er sieht in einem Austritt mehr Nachteile als Vorteile.

Zahl der Bedürftigen rückläufig

Der Gemeinderat widerspricht der Aussage der SVP, die Skos-Richtlinien führten zu einem Kostenanstieg in der Sozialhilfe. Die Zahl der unterstützten Personen in der Stadt Thun sei in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. Auch werde der Teuerungszuschlag auf den Grundbedarf, welcher die Skos vorsieht, nicht automatisch gewährt. Zudem kürzte die Stadt Thun per 1. Januar 2014 die maximale Integrationszulage und verschärfte die Bestimmungen über die situationsbedingten Leistungen. Auch verweist der Gemeinderat auf den Beschluss des Grossen Rats betreffend «Kostenoptimierung in der Sozialhilfe», der eine Reduktion um zehn Prozent verlangt. Hinter diesem Vorstoss stand ebenfalls die SVP – konkret: der Könizer Gemeindepräsident und SVP-Grossrat Ueli Studer. **dv**

NACHRICHTEN

Wechsel im Stadtparlament

THUN • Der Thuner Gemeinderat hat Beat Grimm, Grüne, als neues Mitglied des Stadtrats für gewählt erklärt. Er rückt für seine Parteikollegin Suzanne Albrecht Wyss nach, die seit Mitte 2008 dem Parlament angehörte und per Ende März zurückgetreten ist. Grimm ist Sozialarbeiter und Sozialpädagoge.

Anschlüsse an den Wärmeverbund

SPIEZ • Die Gemeindeliegenschaften Schulzentrum Längenstein, Gemeindehaus, Dorffus, Turnhalle Seematte und Schulhaus Spiezmoos sind an den Wärmeverbund angeschlossen. Neu sollen auch der Kindergarten Neumatte und das Gemeindezentrum Lötschberg angeschlossen werden. Der Gemeinderat hat den Kredit von 67'000 Franken bewilligt.